

19 ▶ Februar 2005

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



INGUNJA ELLERÉ, VITIOUS CIRCLE, 2004, OBJEKT AUS FLEXIGLAS, FOTO HÖLGER ELLERERS

EU-Verfassungsvertrag

Eine Chance wurde vertan

Von Dr. Helmuth Markov, MdEP

Dass ein europäischer Verfassungsvertrag den Mitgliedstaaten zur Ratifizierung vorgelegt wird, ohne dass sich zuvor das Europäische Parlament zu Wort meldet – dieser Gedanke ist kaum vorstellbar. Es war daher das gute Recht und sogar die Pflicht des Parlaments, hier seine Stimme zu erheben, geht es doch um die Gestaltung der europäischen Integration für womöglich mehrere Jahrzehnte. So stand die Debatte über den Bericht der beiden Abgeordneten Corbett und Méndez de Vigo über den Vertrag über eine Verfassung für Europa im

Mittelpunkt der Januarsitzung in Straßburg.

Doch mit dem vorgelegten Bericht und mit seinem Beschluss darüber hat das Europäische Parlament die ihm gebotene Chance einer kritischen und damit glaubwürdigen Stellungnahme leider vertan. Nur Lob und Unkritisches kann man dort lesen. Die Mehrheit des Parlaments konnte sich nicht einmal dazu aufraffen, an eigene, sehr viel weiter gehende Forderungen zu erinnern, die sich im Verfassungsvertrag nicht finden. Man musste so den Eindruck gewinnen, dass sich die Mehr-

Fortsetzung auf Seite 2

Ein „proeuropäisches“ Nein zum Verfassungsvertrag

Wenn Sie ehrgeizige Ziele mit Europa verbinden – werden einige von Ihnen fragen – warum sind Sie dann gegen diesen Verfassungsentwurf? Aus eben dem Grund, weil der Verfassungstext politische Weichenstellungen feierlich und dauerhaft verankert, die seit dem Vertrag von Maastricht sukzessive angehäuft wurden. Ich denke insbesondere an das Schlüsselprinzip der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“; an das Statut und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank, die liberaler nicht sein könnten; an die Machtbefugnisse der Kommission im Wettbewerbsbereich oder an die ausdrückliche Unterordnung jeder europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter die NATO-Politik. Zu diesen alten Bestimmungen sind neue hinzugekommen. So enthält der Verfassungsentwurf einen Artikel, der ganz im Sinne des „Multilateralen Investitionsabkommen“ auf die „Beseitigung aller Restriktionen für ausländische Direktinvestitionen“ abzielt, aber auch andere, gefährlich zweideutig formulierte Artikel zur Patentierung von Leben oder zur kulturellen Vielfalt.

Auf all diesen Gebieten brauchen wir keine propagandistische Kampagne, die allen Widersprüchen aus dem Wege geht, sondern eine freie, öffentliche und pluralistische Aufarbeitung der Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben und die uns in eine Vertrauenskrise im Verhältnis zwischen den Bürger/innen und den europäischen Institutionen geführt haben. Der Bericht unserer Kollegen Corbett und Méndez de Vigo macht zu diesem Teil des Verfassungsentwurfs, der Politik und der Funktionsweise der Union beschreibt – und immerhin mehr als zwei Drittel des gesamten Textes ausmacht – keinerlei Aussagen.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Bericht ebenso wie den Verfassungsentwurf selbst ab. Aber, das möchte ich unterstreichen, unser Nein ist für viele von uns offen für Alternativen. Es ist ein proeuropäisches Nein!

(Auszug aus der Rede des Vorsitzenden der Fraktion GUE/NGL, Francis Wurtz, in der Aussprache über den Bericht Corbett/Méndez de Vigo am 11. Januar 2005 in Straßburg)

Konferenz der Linksfraktion:

„Venezuela und die europäische Perspektive“

von Victor Perli

Venezuela war Thema einer Konferenz, die im Dezember von der Linksfraktion im Europäischen Parlament, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Solidaritätsbündnis „Venezuela avanza“ in Berlin veranstaltet wurde. Experten aus Venezuela und Europa sowie etwa 150 TeilnehmerInnen sorgten bei der federführend von Sahra Wagenknecht, MdEP organisierten Veranstaltung für spannende Diskussionen.

Carolus Wimmer, Direktor für internationale Beziehungen der venezolanischen Nationalversammlung berichtete über die bolivarianische Revolution und ihre Ausstrahlung auf die sozialen Bewegungen Lateinamerikas. Das erfolgreich überstandene Abwahl-Referendum habe mit Präsident Chávez auch den gesamten bolivarianischen Prozess gestärkt.

Großes Interesse erweckte der Beitrag von Modaira Rubio, Professorin an der bolivarianischen Universität in Caracas, über die Rolle der Frau in Venezuela. Deutlich mehr Frauen als früher hätten nun ein-

flussreiche Posten. Frauen würden besonders von den neuen Möglichkeiten profitieren, so z.B. dem gebührenfreien Studium für Menschen aus unteren Schichten und Krediten einer speziellen Frauenbank.

Der Publizist Gregory Wilpert veranschaulichte die Medienlandschaft Venezuelas. Mittlerweile gebe es zwar auch unabhängige Medien, die Privatmedien seien jedoch allesamt in oppositioneller Hand und z.B. auch beim Putschversuch 2002 tonangebend gewesen. Ziel des neuen Mediengesetzes sei es, Falschinformationen entgegenzuwirken.

Bernabé Carrero Cuberos, Botschafter Venezuelas in Deutschland, bedauerte das im Ausland vorherrschende Interesse, dem Ansehen der venezolanischen Regierung zu schaden. So habe beispielsweise die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung einen Bericht über Venezuela anhand manipulierter Daten verfasst. Wichtig sei, eine realistische Wahrnehmung der Situation in Venezuela zu ermöglichen.

In der veränderten Haltung der neuen spanischen Regierung sah Maurice Lemoi-

ne von der französischen Monatszeitung „Le Monde diplomatique“ eine Chance, die Beziehungen zwischen den europäischen Regierungen und Venezuela aufzutauen. Europa als potenzieller Verbündeter gegen die US-amerikanische Allmacht auf ihrem Kontinent sei für viele lateinamerikanische Regierungen von großer Bedeutung.

Den Schluss der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion mit Sahra Wagenknecht und Jaromír Kohlíček von der Linksfraktion im Europaparlament sowie weiteren Beobachtern des Referendums im August, in der es u. a. um das schwierige Verhältnis der Sozialdemokraten zu Venezuela ging. Der österreichische SPÖ-Europaabgeordnete Jörg Leichtfried berichtete, dass dem Thema oft ausgewichen werde.

Die Konferenz zeigte, dass das Interesse an Venezuela groß, jedoch noch zu wenig über die Situation bekannt ist. Bleibt zu hoffen, dass der Appell von „Venezuela avanza“, sich jetzt solidarisch zu zeigen – und nicht wie im Fall Chiles 1973 erst nach dem Putsch – beherzigt und zu weiteren Aktivitäten führen wird. ■

Fortsetzung von Seite 1:

heit des Parlaments bereits als Teil der von Kommission, Rat und Parlament angekündigten Öffentlichkeitskampagne für eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages versteht. Da passt es ins Bild, dass, noch während die Abstimmung lief, auf den Gängen des Parlaments bereits Hochglanzbroschüren mit bunten Bildern der Pro-Kampagne verteilt wurden. Und kurz nach der Abstimmung wurden aufwändig Transparente an der Fassade angebracht, auf denen aus dem Verfassungsvertrag zitiert wurde. Man stelle sich vor, die deutsche Bundesregierung würde nach einer Abstimmung ähnlich verfahren und das Reichstagsgebäude mit Propagandertexten verhüllen lassen! Was würden wohl die Oppositionsparteien dazu sagen?

Doch die öffentliche Debatte um den Entwurf für einen Europäischen Verfassungsvertrag hat gezeigt, dass es in den Mitgliedsländern und auch im Europäischen Parlament neben Zustimmung sehr wohl auch eine kritische Öffentlichkeit gibt, die mit Sorge auf diesen Text blickt. Und je bekannter der Text in der Öffentlichkeit wird, je größer wird die Zahl dieser Kritiker. Ich spreche hier von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Friedensbewegungen, Nichtre-

gierungsorganisationen wie etwa Attac und von den Parteien der Linken, die nahezu alle den Verfassungsvertrag ablehnen.

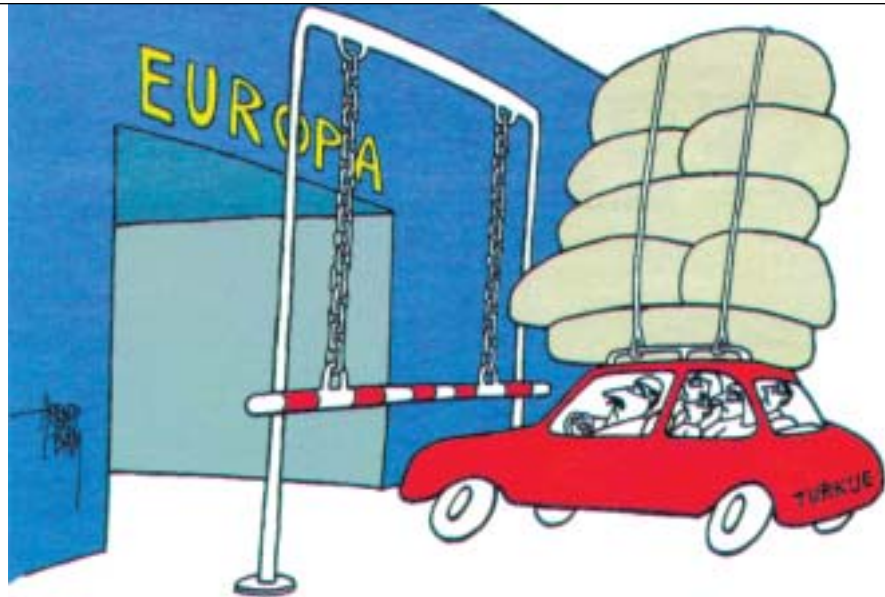
Kritisiert wird von ihnen die im Verfassungsvertrag vorgesehene weitere Militarisierung der Europäischen Union hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit. Er soll die „auf militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen“ sichern. Aufrüstung wird Verfassungsgebot, indem „die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Eine „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“ wird das überwachen und „zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ durchsetzen. Durch Aufrüstung und militärische Forschung auf höchstem Ausgabenniveau werden die öffentlichen Kassen aller Einzelstaaten weiter geschöpft.

Kritisiert wird, dass die Prinzipien des Neoliberalismus Verfassungsrang erhalten sollen. In den allgemeinen „Zielen der Union“ ist zwar beschönigend die Rede von einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbe-

schäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität.“ Im konkreten Politikteil wird dann aber Klartext geredet von der Verpflichtung auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.“ Damit wird die neoliberale Wirtschaftsordnung von Maastricht in einen Europäischen Verfassungsvertrag eingraviert.

Nahezu einmütig haben daher die Abgeordneten der Fraktion der Vereinten Linken GUE/NGL im Europäischen Parlament, unter ihnen nahezu alle PDS-Europaabgeordnete, den Bericht Corbett/Méndez de Vigo abgelehnt. Sie haben damit zugleich ihr Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag zum Ausdruck gebracht.

Im mehrheitlich gefassten Beschluss des Parlaments wird am Ende u. a. gefordert, „dass alle möglichen Anstrengungen unternommen werden sollen, um die europäischen Bürger klar und objektiv über den Inhalt der Verfassung zu informieren“. Eine „klare und objektive Information über den Inhalt der Verfassung“, die die Kritiker des Verfassungsentwurfs nicht zu Wort kommen lässt, ist aber nicht vorstellbar. ■



EU-Beitritt Türkei:

„Ein Markt mit siebzig Millionen Konsumenten“

Von Tobias Pflüger, MdEP

Selten wurde im Europäischen Parlament wie im Bundestag so viel geheuchelt wie in der Debatte über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei.

CDU und CSU, die nie Probleme damit hatten mit einer türkischen Militärdiktatur herzlich zusammenzuarbeiten, und denen das Schicksal unterdrückter Kurden und anderer Minderheiten nicht der Rede, geschweige denn des politischen Asyls wert war, reklamieren jetzt heftig die Menschenrechte, die in der Türkei nicht weit genug entwickelt seien. Deshalb könne nicht über ihren Beitritt, nur über eine privilegierte Partnerschaft geredet werden. Mit dieser Scheinargumentation kann die Union aber nicht verdecken, dass es vielen in ihr – den Blick fest auf die Bundestagswahlen 2006 gerichtet – vor allem darum geht, nationalistische bis rassistische Emotionen auf die eigenen Mühlen zu leiten.

Umgekehrt die SPD und mehr noch die Grünen. Auch ihnen geht es im Bundestag wie im Europäischen Parlament nicht um Menschenrechte. Der französische Sozialdemokrat Michel Rocard brachte es im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments auf den Punkt: „Lassen Sie uns nicht so viel von Menschenrechten reden, lassen sie uns über das reden, um was es geht: um Geopolitik.“ Und auch EU-Kommissar Günter Verheugen, mit SPD-Parteibuch, ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen: „Der Beitritt der Türkei würde Europa – ob Europa das will oder nicht – zu einem weltpolitischen Akteur ersten Ranges machen. Wir müssten bis dahin in der Tat in der La-

ge sein, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die diesen Namen auch verdient.“

Geopolitik, nicht Menschenrechte sind für die Europäische Union das Gebot der Stunde. Die EU-Kommission als ganzes unterstreicht die „geopolitische Dimension“ noch einmal. In einem eigens zur „Verplausibilisierung „des EU-Beitritts der Türkei gefertigten Arbeitspapier heißt es: „Die Türkei ist ein strategisch wichtiges Land. ... Der Beitritt der Türkei würde der EU helfen, die Energieversorgungsrouten besser zu sichern. ... Im Hinblick auf Zentralasien könnte die Türkei den politischen Einfluss der EU in dieser Region kanalisieren helfen. ... Die Türkei hätte bei der Sicherung der Energieversorgung einer erweiterten EU eine wichtige Rolle zu spielen, da vor ihren Grenzen die energiereichsten Regionen der Erde liegen. ... Der türkische Beitritt könnte helfen, den Zugang zu diesen Ressourcen und ihre sichere Verbringung in den EU-Binnenmarkt zu gewährleisten.“ Die Rede ist auch von militärpolitischen Optionen: „Dank ihrer hohen Militärausgaben und ihres großen Streitkräftekontingents ist die Türkei in der Lage, einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung der EU zu leisten.“ Diese militärstrategische und geopolitische Interessenlage der EU scheint letztlich hinter den hehren Worten: „Die EU ist eine Wertegemeinschaft. ... Die Werte der Europäischen Union sind universell und beruhen auf den Errungenschaften der Aufklärung“ zu stecken, mit denen salbungsvoll die eigene Bestimmung beschworen wird.

Bei der Realisierung von Demokratie und Menschenrechten in der Türkei dage-

gen geht es weniger glorios zu. Einige Beispiele zur aktuellen Situation:

- Nach Angaben von amnesty international wird in ähnlichen Ausmaßen wie zuvor weiter gefoltert, nur anders.
- Die Pressefreiheit wird permanent verletzt, missliebige Zeitungen werden mit Prozessen überzogen, für die geltende Gesetze den Rahmen bilden.
- Kriegsdienstverweigerer werden nach wie vor hart bestraft.
- Die Lage in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei bleibt angespannt, Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.
- Wer über den Völkermord an den Armenier spricht oder schreibt oder die türkische Besetzung eines Teils Zyperns kritisiert, dem drohen weiterhin Anklage und jahrelange Haft.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben schließlich entschieden, dass die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei im Oktober 2005 aufgenommen werden sollen. Nach ihrer bisherigen Vorgehensweise zu urteilen, kann man sich sicher sein, dass es Ihnen um eines sicher nicht geht: Um die Situation der Menschen in der Türkei. Hingegen wird während der Beitrittsverhandlungen alles versucht werden, die menschenrechtliche Lage schön zu reden, damit die EU den ungehinderten Zugang – um noch einmal Herrn Rocard zu zitieren – zu einem „Markt mit siebzig Millionen Konsumenten“ erhält. ■

Quellen:
Rede Rocard, 13.12.2004:
<http://tinyurl.com/4gzuy>

Erweiterungsseite der EU-Kommission:
http://europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html

Linke sieht die EU auf falschem Weg

Gründe für Zustimmung oder Ablehnung des Verfassungsentwurfs sind sehr unterschiedlich

Von Olaf Standke

Es mussten besondere Tage in Straßburg sein. Denn die riesige gläserne Wasserseite des Europäischen Parlaments war geschmückt, was selten vorkommt. In den Sprachen der Mitgliedsländer konnte man das Hauptthema dieser Tagungswoche lesen: EU-Verfassung.

Parlamentspräsident Joseph Borrell verkündete sogar einen „historischen Tag“, als am Mittwoch die Abgeordneten im Plenarsaal über eine Entschließung des Hauses zum „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ entschieden. Dabei ist das Votum der 732 Parlamentarier aus 25 EU-Staaten rechtlich ohne Belang für das erste Grundgesetz der Union. Aber von einem politischen Signal für den begonnenen Ratifizierungsprozess sprachen sowohl Borell als auch der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, der sich als amtierender EU-Ratspräsident höchst erfreut zeigte, dass sich die Abgeordneten mit deutlicher Mehrheit den Staats- und Regierungschefs angeschlossen haben – auch wenn sie „nur“ über einen Bericht abstimmten.

Einer der beiden Berichterstatter heißt Richard Corbett. Der einstige Gewerkschafter, seit gut acht Jahren für Labour im EU-Parlament, ist glühender Verfechter des Verfassungsentwurfs, was für Briten wahrlich nicht die Regel ist. „Wir brauchen eine EU-Verfassung“, sagte der 50-Jährige gegenüber ND, und der vorliegende Text sei nach den bisherigen EU-Verträgen eine eindeutige Verbesserung, nicht zuletzt, weil er die Rechte der Bürger stärke und Rechtsakte vereinheitliche, ohne einen allmächtigen „Superstaat“ zu konstituieren.

Für Jo Leinen, Vorsitzender des Verfassungsausschusses, kann es keinen Zweifel geben: Bei diesem „historischen Projekt“ sind die Bürger die Gewinner. Das meinten auf den ersten Blick auch fast alle sozialdemokratischen Abgeordneten, denn bei ihnen gab es nur eine Gegenstimme, dazu ein Dutzend Enthaltungen. Aber wie aus den Reihen der Fraktion zu erfahren war, wurde erheblicher Druck ausgeübt, zumindest nicht mit Nein zu plädieren. Die französischen Sozialisten haben da besondere Schwierigkeiten. So wurde aufmerksam registriert, dass beim Änderungsantrag der Konföderalen Fraktion



der Vereinten Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL) von den Sozialdemokraten nicht nur Ablehnung kam. Dabei stimmten nicht einmal alle 41 Mitglieder der GUE/NGL für ihren eigenen Text.

Das zeigt: Die Ja-Front ist wie die Nein-Front in Sachen Verfassung durchaus differenziert, die Gründe für Zustimmung oder Ablehnung im Straßburger Plenum können sehr unterschiedlich sein. Die linke Fraktion etwa legt sehr großen Wert darauf, nicht mit Le Pen und anderen Rechtsnationalisten in einen Topf geworfen zu werden, auch wenn einige Mitglieder am Mittwoch die gleichen Poster mit der Aufschrift „Nicht in meinem Namen“ hochhielten. Wie Fraktionschef Francis Wurtz in seiner Rede betonte, ist das Nein der Linken eindeutig proeuropäisch.

Vor allem polnische EU-Gegner im Parlament wollten es nicht bei der normalen Stimmabgabe belassen, sie intonierten die Internationale und sorgten mit Buh- und „Lenin, Lenin“-Rufen für Unruhe im Saal. Im Innenhof des Parlaments gab es zeitgleich eine außerparlamentarische Protestveranstaltung. Für diese Verfassungsgegner ist das Ganze ein verkapptes marxistisch-leninistisches Projekt gegen die nationale Souveränität, nur dass an die Stelle Moskaus nun Brüssel getreten sei.

Katalanische Abgeordnete wiederum begründeten ihr Nein damit, dass die „Nationen ohne Staat“ im Verfassungsentwurf ungenügend berücksichtigt seien. Sie dürften im einzig direkt gewählten Organ der EU noch immer nicht in ihrer Sprache sprechen.

Die PDS-Gruppe in der linken Fraktion erkennt durchaus die Fortschritte des vorliegenden Verfassungstextes gegenüber dem so genannten Nizza-Vertrag an. Doch

glaubt eine große Mehrheit „die europäische Einigung mit dieser Verfassung auf dem falschen Weg“. Sie kritisiert, dass das „Ziel des Vertrags die weitere Militarisierung der Europäischen Union hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit“ sei und die „Prinzipien des Neoliberalismus Verfassungsrang erhalten sollen“. In den allgemeinen „Zielen der Union“ sei zwar beschönigend die Rede von einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“, die auf Vollbeschäftigung, sozialen Fortschritt und ein hohes Maß an Umweltschutz abziele. „Im konkreten Politikteil wird dann aber Klartext geredet von der Verpflichtung auf den Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Der vorgelegte Bericht stehe dem Verfassungsentwurf völlig unkritisch gegenüber.

Sylvia-Yvonne Kaufmann sieht das anders. Die langjährige EU-Expertin der PDS, die als Vertreterin der Linksfraktion im Grundrechte- und im Verfassungskonvent saß und stolz darauf ist, dass mehrere Dutzend Artikel auch ihre Handschrift tragen, sagte Nein zum Nein, weil sie die Ablehnung für „strategisch falsch“ hält. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments sieht wohl Mängel und Widersprüche der Verfassung, aber auch die Chance, mit diesem „neuen Kapitel in der Integrationsgeschichte“, das natürlich ein Kompromiss sei, die real existierende EU zu entwickeln, sie „friedlich, sozial und demokratisch zu gestalten“.

In der Fraktion, so hörte man in Straßburg, habe nicht diese Meinung für Verstimmung gesorgt, sondern der gleichzeitige Vorwurf Sylvia-Yvonne Kaufmanns, die Linke habe sich beim Thema Verfassung zu wenig engagiert und keine überzeugenden Alternativvorschläge auf den Tisch gelegt.

In einem Punkt unterstützt die linke Fraktion den Parlamentsbericht allerdings vorbehaltlos: Er fordert, „dass alle möglichen Anstrengungen unternommen werden sollen, um die europäischen Bürger klar und objektiv über den Inhalt der Verfassung zu informieren“. Die GUE/NGL will sich dafür stark machen, dass in möglichst allen Staaten, in denen die Ratifizierung noch aussteht, Referenden stattfinden. Schließlich sei die EU-Verfassung für das Leben der Bürger von so großer Bedeutung, dass sie auch selbst darüber entscheiden sollen. ■

Quelle: „Neues Deutschland“, 14.01.05

Widerstand gegen die Bolkestein-Richtlinie

von Sahra Wagenknecht, MdEP

Dass der Europäische Gewerkschaftsbund und der Dachverband der europäischen Klein- und Mittelbetriebe UEAPME an einem Strang ziehen, kommt nicht häufig vor. Der im Januar 2004 von Frits Bolkestein, dem Vorgänger des heutigen Binnenmarktkommissars Charlie McCreevy, vorgelegte Entwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie hat es geschafft, unterschiedlichste Interessengruppen in einer gemeinsamen Front der Ablehnung zu vereinen.

Von Wohlfahrtsverbänden bis zu Anwaltskammern, von der Bundesvereinigung Bauwirtschaft über die Handwerkskammer bis zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas, von RWE Thames Water über den Bundesrat bis zum französischen Staatsrat – die Liste der Kritiker vereint Organisationen, die im Normalfall selten miteinander für oder gegen eine Sache streiten.

Eigentlich sollte ein derart beföhdetes Projekt geringe Chancen auf Durchsetzung haben. In diesem Fall freilich wird mit härtesten Bandagen für die Umsetzung gekämpft. Denn zu den Befürwortern des Vorhabens gehören die Lobbyorganisationen des europäischen Großkapitals: UNICE, die Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas, Eurochambres, der Dachverband der europäischen Industrie- und Handelskammern, AmCham, die Vertretung der in Europa tätigen US-Multis und natürlich der European Roundtable of Industrialists, die Industriellenlobby der Vorstandsvorsitzenden der 45 größten europäischen Konzerne. Sie alle betreiben massives Lobbying von Kommissions- und Parlamentsmitgliedern in Brüssel.

Das Interesse ist leicht verständlich. Zwar verweist die Richtlinie in ihrem Einleitungstext wiederholt auf kleine und mittlere Unternehmen als potentielle Nutznießer, in Wahrheit ist das Gesetzeswerk jedoch vollständig auf die Bedürfnisse multinational tätiger Dienstleistungskonzerne zugeschnitten. Dies vor allem aufgrund des geplanten „Herkunftslandprinzips“. Während bisher europäische Konzerne den Gesetzen des Landes unterliegen, in dem sie tätig sind, sollen in Zukunft für sie EU-weit nur noch die Standards ihres Heimatlandes gelten – beziehungsweise des Landes, in dem der Briefkasten mit ihrer Hauptadresse steht.

Die Konsequenz lässt sich ausmalen. Große Bauunternehmen werden ihren Fir-

mensitz in das EU-Land mit den geringsten Sicherheitsanforderungen und Arbeitsschutznormen verlegen und dann mit Billigofferten ihre Konkurrenten ausstechen. Nicht wenige werden auch diese Vorschriften ignorieren, denn der besondere Charme der Richtlinie besteht darin, den Ländern, in denen die Konzerne tätig sind, nicht nur die Anwendung der eigenen Gesetze, sondern auch jegliche Kontrolle zu untersagen. Auch diese obliegt ausschließlich dem so genannten Herkunftsland, das weder Interesse noch Kapazitäten haben dürfte, die Auslandsaktivitäten seiner Firmen zu überwachen.

Kleineren Unternehmen dürfte es schwer fallen, ihre offizielle Residenz beliebig nach Riga, Porto oder wo immer es sich auszahlen mag, zu verlagern. UEAPME befürchtet daher, dass die Anwendung des „Herkunftslandprinzips“ eine Situation „unfairen Wettbewerbs“ heraufbeschwören würde. Klar erkannt hat der Mittelstandsverband auch, dass eine „Kontrolle durch das Herkunftsland unrealistisch“ ist.

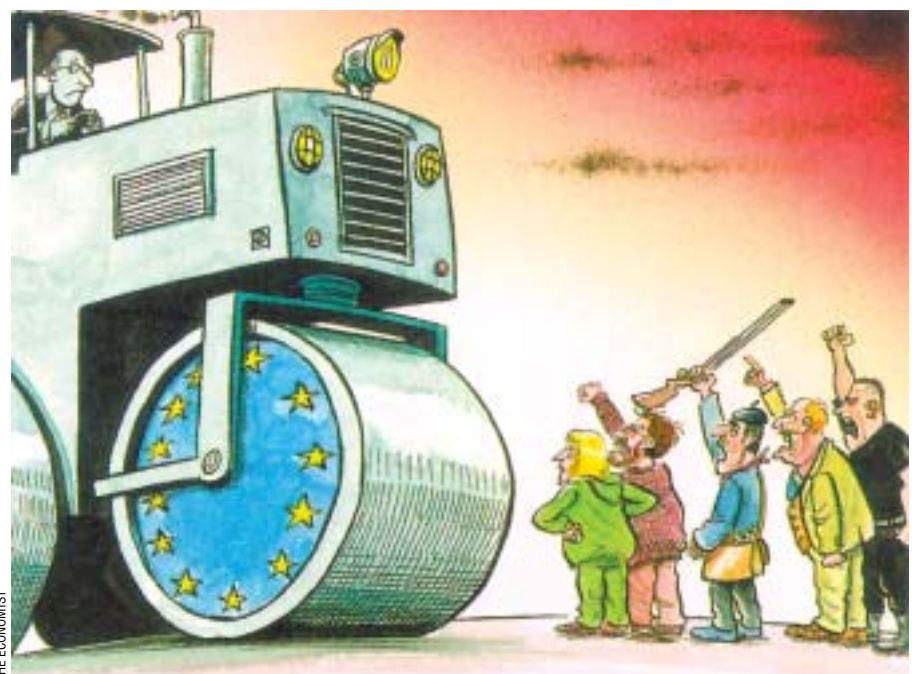
Auch Arbeitnehmerrechte sind massiv bedroht. Zwar sind die im Rahmen der Entsenderichtlinie geregelten Bereiche offiziell ausgenommen vom Herkunftslandprinzip; aber erstens umfasst dies beispielsweise nicht das europaweit sehr unterschiedlich geregelte Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren; und zweitens greift auch hier das Kontrollverbot. Es ist absehbar, dass eine Umsetzung der Richtlinie das Ende von Mindestlohnstan-

dards oder der in manchen EU-Ländern gesetzlich vorgeschriebenen tariflichen Bezahlung mit sich bringen würde.

Dabei ist nicht allein das Herkunftslandprinzip problematisch. Ebenso heikel sind die vorgesehenen Regulierungsverbote, die künftig beispielsweise öffentliche Eingriffe wie das Verbot von Dumpingpreisen oder die Festsetzung von Höchstpreisen verbieten würden. Untersagt wäre es künftig auch, bestimmte soziale Dienste dem Non-Profit-Sektor zu reservieren.

Die Richtlinie ist eine Kriegserklärung an alles, was an sozialen Rechten in der Europäischen Union die bisherige Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung überlebt hat. Doch allmählich formiert sich Widerstand. Im Herbst 2004 demonstrierten Tausende Menschen gegen Bolkesteins Machwerk, mobilisiert u. a. von Gewerkschaften und Attac. Am 19. März 2005 soll eine Großdemonstration, wieder in Brüssel, stattfinden. Zunehmend gibt es Veranstaltungen, in denen über die Richtlinie informiert und über Widerstand nachgedacht wird.

Obwohl inzwischen sogar die luxemburgische Ratspräsidentschaft vor „Sozialdumping“ warnt und Änderungsvorschläge angekündigt hat und auch im Europäischen Parlament Kritik formuliert wird, darauf die Hoffnung zu setzen, reicht nicht aus. Um den Generalangriff der Konzerne zurückzuweisen, bedarf es einer breiten Bewegung außerhalb der Parlamente, die stark genug wird, tatsächliche Änderungen zu erzwingen. ■



Die Flutkatastrophe in Asien stellt die Hilfsbereitschaft der EU auf den Prüfstand

von Gabi Zimmer, MdEP

Die verheerende Flutwellenkatastrophe hat in der Weltöffentlichkeit durch ihre außergewöhnliche mediale Begleitung Aufmerksamkeit und ein hohes Maß an Mitgefühl für die betroffenen Regionen erzeugt.

Uns wird der Bedarf bewusst, handlungsfähige Institutionen zur Verfügung zu haben, die sowohl konkrete Hilfe vor Ort leisten als auch mittelfristig den notwendigen Transfer finanzieller Mittel in die Regionen gewährleisten können. Bei ersterer Aufgabenstellung wird klar, dass wir in einem Weltsystem leben, in dem zwar in den Aufbau militärischer Eingreiftruppen investiert wurde, zivile Aufbaustrukturen und Katastrophenhelfer jedoch vernachlässigt wurden.

Im Hinblick auf die zweite Aufgabe müssen das Europäische Parlament und besonders der Entwicklungsausschuss prüfen, ob die medienwirksam zugesagte Finanzhilfe den Menschen in der betroffenen Region auch wirklich nutzbringend zufließen wird.

Von 1,5 Milliarden Euro Hilfe der EU zum Wiederaufbau aus den Mitteln der Europäischen Union war in den Medien die Rede. Tatsächlich teilt sich diese Summe in drei Bereiche auf. 100 Millionen Euro bewilligte das Parlament kurzfristig aus der Budgetreserve der EU. Diese Mittel können tatsächlich kurzfristig abgerufen werden und kommen über die Organisation für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, ECHO, schnell zur Anwendung. Durch die Dimension der Katastrophe in Personalnot geraten, musste ECHO für die Hilfsaktionen allerdings Personal aus anderen Krisenregionen wie Afghanistan verlagern.

Kommissionspräsident Barroso sagte weitere 373 Millionen Euro als mittelfristige Wiederaufbauhilfe zu. Woher diese Mittel kommen und wofür sie eingesetzt werden sollen, ist jedoch noch unklar. Während das Europaparlament und die luxemburgische Ratspräsidentschaft bereits klar gefordert haben, dass diese Gelder nicht durch Umverteilung aus anderen Entwicklungsbudgets finanziert werden dürfen, wird dies bei einigen anderen Regierungen und bei der Kommission offenbar nicht so eindeutig gesehen. So wird die entsprechende Haushalts- und Vergaberavorlage der Kommission hinausgezögert

und damit auch der Beginn des Wiederaufbaus.

Schließlich soll die Europäische Investitionsbank (EIB) noch 1 Milliarde Euro für die gewaltigen Aufgaben bereitstellen. Deren Präsident Maystadt äußerte sich auf meine Nachfrage vor dem Entwicklungsausschuss jedoch skeptisch. Die Gelder könnten zwar aufgebracht werden, schließlich tätigt die Bank im Jahr Investitionen von über 40 Milliarden Euro. Diese Summen werden jedoch überwiegend in Europa eingesetzt. Außerhalb Europas hat die Bank ein Mandat für den Mittelmeerraum und für die AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), Projekte auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu finanzieren. In Asien und Lateinamerika darf die Bank jedoch ausschließlich Vorhaben finanzieren, die direkt der europäischen Wirtschaft oder europäischen Unternehmen zugute kommen.

Das stellt diese Milliarde in einem ganz anderen Licht dar: die vermeintliche Förderung des Wiederaufbaus in Südasien wird zu einem gewaltigen Projekt der Außenwirtschaftsförderung der EU. Dabei fließen diese Gelder auch noch als Kredite und belasten daher durch Rückzahlung und Zinsen über Jahrzehnte die Haushalte der durch die Flut geschädigten Länder.

Dieses Beispiel macht deutlich, was wirklich geändert werden muss in der so genannten Entwicklungshilfe. Real fließen Jahr für Jahr als Ergebnis dieser gängigen Praxis netto Gelder vom Süden in den Norden, statt umgekehrt. Deutschland, Frankreich, Großbritannien aber auch andere, die sich als Geberländer preisen, vergeben Kredite für dringend benötigte Projekte in den Ländern des globalen Südens in der Regel nur unter der Bedingung, dass mit der Durchführung Unternehmen aus den Geberländern beauftragt werden.

Auch wenn, wie vor kurzem, dann mit einem gewissen Zynismus ein Moratorium für die so den armen Ländern aufgebürdeten Schuldenberge angekündigt wird, sind diese zu Recht zögerlich in der Annahme des Tilgungsaufschubs. Länder wie Indonesien würden dadurch ein schlechteres Kreditrating erhalten und sich künftig benötigte Kredite auf dem internationalen Kapitalmarkt nur zu erheblich ungünstigeren Bedingungen verschaffen können.

So lange dieses moderne System der Ausbeutung des Südens durch die Regierungen der kapitalistischen Metropolen

nicht durch einen organisierten Rücktransfer von Geldern in den Süden ersetzt wird, ist selbst der Ruf nach einer Erfüllung des vor Jahrzehnten gegenüber den Vereinten Nationen gegebenen Versprechens, nationale „Entwicklungshilfe“ auf 0,7 % des jeweiligen BIP aufzustocken, nicht sinnvoll. Erreicht wird dieser Anteil in der EU ohnehin nur von Luxemburg, den Niederlanden, Dänemark und Schweden. Der deutsche Anteil beträgt unter der Regierung Schröder nur noch 0,27 %. Die Bundesregierung hat sich allerdings verpflichtet, bis 2006 wieder das Niveau der 0,33% von 1994 zu erreichen.

Wenn die Rahmenbedingungen nicht geändert werden, nutzt die Europäische Union diese Flutkatastrophe demnach genauso schamlos zur Förderung der eigenen Wirtschaft, wie die USA und Großbritannien dies nach ihrem Krieg gegen den Irak getan haben. Die PDS-Europaabgeordneten werden im Europäischen Parlament Anträge einbringen, um dem entgegen zu steuern.

Die Menschen, für die durch die Bilder der Flutkatastrophe die Notwendigkeit der Unterstützung der Länder des Südens einen so viel höheren Stellenwert erhalten hat, dürfen nach ihrer eigenen hohen Spendenbereitschaft jetzt nicht entmutigt werden. Denn die notwendigen Anstrengungen zum Erreichen der im Rahmen der Vereinten Nationen auch von der Bundesrepublik vereinbarten Millennium Development Goals (MDG) sind enorm. An den Folgen der Armut, die durch dieses Programm bis 2015 bekämpft werden soll, sterben heute noch täglich mehr als 30.000 Menschen.

Jeffrey Sachs, Wirtschaftsprofessor und Millenniumsbeauftragter der UNO, rechnet den jährlichen Beitrag der Geberländer auf derzeit 25 Dollar pro Kopf in den Ländern des Südens um. Nach seiner Rechnung sind das 40-50 Dollar zu wenig, um durch Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Malarianetze und andere überlebenswichtige Hilfen den Anteil der extrem armen Menschen und Hungernden bis 2015 zu halbieren.

Schon in diesem September wird eine Sonderkonferenz der UNO den Zwischenstand des Erreichten bei den Millenniumzielen bemessen. Spätestens dieser Termin wird dann zum Prüfstein geraten, was aus den Hilfszusagen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in der Praxis geworden ist. ■

Tobias Pflüger, MdEP

Infolge der allgegenwärtigen Gewalt im Irak ist die von den USA als „Wendepunkt in der Geschichte des Landes“ gepriesene Abstimmung am 30. Januar 2005 zu einer Art Geheimwahl geraten, nicht zuletzt, weil viele Kandidaten aus Sorge um Leib und Leben ihre Identität bis zuletzt im Verborgenen lassen mussten. Die Wahl geriet so zur Farce. Auch fast zwei Jahre nach der US-Invasion im Irak herrscht dort blutiger Krieg. Mehreren Zehntausend irakischen Zivilisten und über 1.000 US-Soldaten hat dies bisher das Leben gekostet.

Und ein Ende ist nicht absehbar. US-Präsident George W. Bush ließ erst jüngst durchblicken, dass der Irak nur der Anfang der militärischen Neuordnung des Nahen und Mittleren Osten sei. Kurz zuvor waren die konkreten Kriegsplanungen für einen Angriff auf den Iran durch einen Artikel des Journalisten Seymour Hersh im „New Yorker“ öffentlich geworden. In seiner Antrittsrede kündigt George W. Bush an, dass „die Tyrannei in der ganzen Welt“ beendet werden solle. Dies kann nur als direkte Drohung verstanden werden, den Krieg im Irak und die Kriegsplanungen gegen den Iran unbeirrt fortzusetzen.

Die USA ließen bisher nichts unversucht, um NATO und EU im Irak mit ins Boot zu holen. In Bagdad selbst sind inzwischen mehr als 100 Ausbildungssoldaten der NATO stationiert. Die Bundesregierung hatte sich als erste bereit erklärt, bei der Ausbildung irakischer Kräfte zu helfen, allerdings nur außerhalb des Landes. Nach NATO-Angaben werde aber gewährleistet, dass von ihr jährlich etwa 1.000 ranghohe irakische Offiziere im Irak selbst ausgebildet werden.

Die Europäische Union möchte jetzt der NATO offensichtlich nicht länger nachstehen. So erwartet EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner nicht nur, dass die US-Regierung in der zweiten Amtszeit von Präsident George W. Bush mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Europa zeigt. „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die USA mit der EU künftig enger zusammenarbeiten wollen – gerade im Nahen und Mittleren Osten“, sagte Ferrero-Waldner am 23. Januar 2005.

Zudem rief sie die Iraker auf zur Wahl zu gehen, obwohl diese in keiner Weise auch nur demokratischen Mindestanforderungen genüge. Bei dieser Gelegenheit forderte sie die EU-Staaten auf, sich an der Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak zu beteiligen. Die Amerikaner hätten „den Wunsch geäußert, dass sich Europa künftig stärker an der Ausbildung irakischer

Die USA vor dem nächsten Krieg – NATO und EU an ihrer Seite?

Soldaten und Polizisten beteiligt – auch im Irak selbst“.

Auch sonst möchte die Europäische Union nicht abseits stehen. So wurden Hunderte Millionen Euro an die von der Besatzungsmacht installierte Regierung überwiesen. Eine Kontrolle wofür dieses Geld eingesetzt wird, existiert nicht. Mit dieser Art der Scheckbuchdiplomatie unterstützt die EU offen die Besatzung. Im Mittelpunkt steht offensichtlich das Interesse am Irak als Rohstofflieferant und als Markt für Produkte der EU-Mitgliedstaaten. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass die EU als zu unterstützendes Ziel die Etablierung einer „offenen Marktwirtschaft“ im Irak in ihre Papiere schreibt. Im Hinblick auf eine US-Militärintervention ist man

noch skeptisch. Ferrero-Waldner betonte, man versuche den diplomatischen Weg zu gehen. Es könnte im Ergebnis allerdings sein, dass die EU und die USA frei nach dem Motto: „Guter Polizist, Böser Polizist“ vorgehen werden.

Wie dem auch sei: Gegen diese Kriegspolitik und ihre Unterstützer muss gehandelt werden. In meiner Rede vor dem Europaparlament am 12. Januar 2005 hatte ich Bush – im Übrigen unwidersprochen – wegen seiner Verantwortung für den Krieg gegen den Irak und für die Menschenrechtsverletzungen, begangen von den Koalitionsstreitkräften im Irak, einen ‘Kriegsverbrecher’ genannt. Jetzt gilt es den Widerstand gegen den Europabesuch des US-Präsidenten zu organisieren. ■

„Militarisierung mit Lichtgeschwindigkeit“

Bericht von der Konferenz der Linksfraktion im Europaparlament

Von Martin Hantke

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gewinne „mit Lichtgeschwindigkeit“ an Gestalt, hatte jüngst der außenpolitische Repräsentant der EU, Javier Solana, erklärt. Am 10. Dezember 2004 beriet in Brüssel die Linksfraktion (GUE/NGL) unter dem Konferenzthema „Die Militarisierung der EU: Stand der Dinge“. Experten für Sicherheits- und Militärpolitik wurde die Aufgabe gestellt, die „zentralen Projekte der EU-Militarisierung“ und mögliche „Alternativen“ zu untersuchen.

Laut EU-Verfassungsvertrag sind die Mitgliedstaaten zur „schrittweisen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten“ verpflichtet. Auf diesem Weg soll der beschleunigte Umbau der EU-Streitkräfte in weltweit einsetzbare Interventionstruppen ermöglicht werden. Parallel dazu wird der europäische Rüstungsmarkt neu strukturiert. Im Mittelpunkt steht dabei der weitere Ausbau der Europäischen Rüstungsagentur, die Christoph Steinmetz vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit (BITS) wegen ihrer engen Verzahnung mit der Rüstungs-

industrie als „hochgefährlich“ darstellte. In der aktuellen Militarisierung der EU sah Thomas Roithner, vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) einen Angriff auf den Status der neutralen EU-Mitgliedstaaten. Der Völkerrechtsexperte Prof. Gregor Schirmer wies in seiner Analyse nach, dass der EU-Verfassungsvertrag den bereits seit Maastricht und Amsterdam eingeschlagenen Weg der EU-Militarisierung weiter ausbaut. In diesem Zusammenhang wurde auch angemerkt, dass kürzlich das von der EU finanzierte „Institut für Sicherheitsstudien“ eine Studie zur „Europäischen Verteidigung“ vorgestellt hat. In diesem Dokument würden fünf Szenarien behandelt. Eines davon übernehme ganz offen das Präventivkriegskonzept der USA.

In diesem Frühjahr wird eine Dokumentation der Konferenz erscheinen. Im Tübinger „Regionalbüro Pflüger“ und im Karl-Liebke-Haus in Berlin liegt schon jetzt ein Flyer der GUE/NGL zur EU-Militarisierung vor. ■

Regionalbüro Pflüger (MdEP), Hechingerstraße 203, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-7956980, Fax: 07071-23946, mep-regionalbuero@tobiaspflueger.de, www.tobias-pflueger.de



Ein Turm für Albert Einstein

Von Dominic Heilig

Das Original steht in Potsdam, die Kopie mitten im Europäischen Parlament.

Die brandenburgischen EU-Parlamentarier, vier an der Zahl, haben kräftig in die Hände gespuhkt und präsentierten im Einsteinjahr 2005 in Brüssel gemeinsam mit der Initiative „Kulturhauptstadt Potsdam 2010“ die Installation „Ein Turm für Albert Einstein“.

Sechs Meter ist der Nachbau hoch, in seinem Inneren werden Filmprojektionen mit Entwurfskizzen zum berühmten Einsteinturm auf dem Telegrafenberg gezeigt. Auf Schautafeln wird in fünf Sprachen auf die Potentiale Potsdams als Kulturhauptstadt verwiesen. Der Grund: Potsdam bewirbt sich als Europäische Kulturhauptstadt 2010.

Von den Vorzügen des Kultur- und Wissenschaftsstandortes Potsdam konnten sich

während der Eröffnung der Ausstellung bereits Bundespräsident Horst Köhler, der slowakische EU-Kulturkommissar Ján Figel und die brandenburgische Wissenschaftsministerin Johanna Wanka überzeugen.

Der Initiator der Präsentation in Brüssel, der PDS-Abgeordnete Helmuth Markov, wies zur Eröffnung darauf hin, dass es Zeit wird zu zeigen, dass Potsdam zu den attraktivsten Kultur- und Wissenschaftsstandorten Europas gehört. Markov: „Dies sage ich nicht nur in Richtung meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Europäischen Union. Dieser Hinweis richtet sich auch an die Menschen in Brandenburg und an die Regierenden in Berlin und Potsdam“.

Der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs sagte in seiner Rede: „Der Einsteinturm ist Kernstück einer Ausstellung im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, die vom 19. 3. – 26. 6. 2005 präsentiert wird. Aus diesem

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben
von der PDS-Delegation
in der Konföderalen Fraktion der
Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz
ASP 6F 349
B-1047 Brüssel
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Helmuth Markov
Redaktionsschluss: 1. Februar 2005
Fotos: europarot (S. 8)

Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide
Auflage: 10.000

Anlass haben wir hier im Parlament den „Turm für Albert Einstein“ nachgebaut.

Bis zum 21. Januar konnten sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein Bild von der brandenburgischen Landeshauptstadt machen, Fragen stellen oder sogar Schirmherr der Potsdamer Bewerbung werden.

Schon jetzt zählt Einsteins Heimatstadt zu den Favoriten bei der Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt. Ob der Turmbau nach Maß war oder ob er schief gegangen ist, wird sich dann bei der Entscheidung 2006 im Kulturausschuss des Europaparlaments zeigen. ■

weitere Informationen unter:
www.potsdam2010.de



Auch Bundespräsident Köhler informierte sich über den Einsteinturm

Hintergrundinformation

Auf Anregung der ehemaligen griechischen Kultusministerin Melina Mercouri werden seit 1985 jährlich eine oder auch mehrere europäische Städte zur europäischen Kulturhauptstadt gekürt. 2005 ist es die irische Stadt Cork, in Deutschland hatten Berlin (1988) und Weimar (1999) bereits den Titel.

Für das Jahr 2010 dürfen Deutschland und Ungarn je eine Kulturhauptstadt stellen, gegenwärtig sind 10 deutsche und 5 ungarische Städte im Rennen: Braunschweig, Bremen, Essen, Görlitz, Halle, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam, Regensburg, Budapest, Debrecen, Eger, Győr und Pécs.

Die deutsche Vorauswahl trifft im Juni 2005 eine siebenköpfige Jury unter Leitung der Vorsitzenden der Kulturstiftung der Länder. Die Jury gibt ihre Empfehlung an den Bundesrat ab, der zwei bis vier Städte als Kandidaten nach Brüssel meldet. Die endgültige Entscheidung fällt Ende 2006, nach Empfehlung einer internationalen Jury, durch das Europäische Parlament und die Kommission. Die Nominierung erfolgt durch den Europäischen Rat.